



Michael Groß MdB informiert

CDU diskutiert über Mindestlöhne

SPD begrüßt Merkels 180-Grad-Kehrtwende

Jahrelang haben CDU/CSU und FDP Mindestlöhne in Deutschland bekämpft und sind deshalb mitverantwortlich für den wachsenden Niedriglohnsektor. Jetzt scheint zumindest die Bundeskanzlerin bereit, dem Druck nachzugeben und eine Lohnuntergrenze auf dem CDU-Bundesparteitag im November beschließen zu lassen. Noch gehen die Stimmen in der CDU quer durcheinander und die FDP lehnt Mindestlöhne nach wie vor strikt ab. Gewerkschaften und SPD begrüßen jede Kehrtwende, wenn sie die Chance auf faire Löhne endlich verbessert und aus der Absicht auch Gesetze werden.

Gute Arbeit muss gut bezahlt werden. Wer Vollzeit arbeitet, muss von seinem Lohn leben können. Die SPD fordert deshalb seit Jahren einen gesetzlichen Mindestlohn, weil

- ▶ es beschämend ist, Menschen Vollzeit arbeiten zu lassen und sie hinterher doch zum Sozialamt zu schicken, weil der Lohn für ihre Miete nicht reicht.
- ▶ der Staat Niedriglöhne gegenwärtig mit 11 Milliarden Euro pro Jahr subventioniert – Geld, das in der Bildung besser aufgehoben wäre.

Aber es geht nicht allein um Mindestlöhne.

- Wir müssen endlich gesetzlich regeln, dass Beschäftigte in der Leih- und Zeitarbeit genauso bezahlt werden wie die Stammebelegschaft. Das gleiche gilt für die Löhne von Frauen und Männern.
- Außerdem müssen wir die Tarifbindung und die Flächentarife stärken. Nur so erreichen wir, dass Wettbewerb über Qualität und gute Produkte und nicht über Lohndumping ausgetragen wird. Und wir brauchen gute Tarifabschlüsse, damit endlich auch die Beschäftigten von der starken Konjunktur profitieren.

Merkel zerstört das Vertrauen in die Politik.

Der angestrebte CDU-Beschluss für Mindestlöhne wäre die vierte Wende, die Angela Merkel in der schwarz-gelben Koalition vollzogen hat – nach der Aussetzung der Wehrpflicht, nach dem Ausstieg aus der Atomkraft und nach zahlreichen Wendemanövern in der Europa-Politik.

Auf allen diesen Feldern macht die CDU-Kanzlerin inzwischen das Gegenteil dessen, was sie nach der Bundestagswahl mit der FDP vereinbart hatte. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten begrüßen dies ausdrücklich, verlangen aber von der Kanzlerin, dass sie die Beschlüsse auch ernsthaft umsetzt. Ist dies nicht der Fall, ist der Beschluss zu Mindestlöhnen eine weitere rein taktische Wende der Bundeskanzlerin. Vertrauen in die Entscheidungen und in die Standfestigkeit von Politikerinnen und Politikern, ist die Währung der Politik. Angela Merkel hat dieses Vertrauen immer wieder nachhaltig zerstört.

Wir stehen für eine gerechte Politik, auf die man sich verlassen kann. SPD

Wahlkreisbüro Michael Groß MdB
Bergstraße 107 • 45770 Marl
Tel.: 02365 32444 • Fax: 02365 933 584

E-Mail: michael.gross@wk.bundestag.de • Internet:www.michael-gross-online.de